



Schweizerischer Anwaltsverband
Fédération Suisse des Avocats
Federazione Svizzera degli Avvocati
Swiss Bar Association

Staatssekretariat für Wirtschaft
SECO
Direktion für Wirtschaftspolitik
Holzikofenweg 36
3003 Bern

per Email versandt:
wp-sekretariat@seco.admin.ch

BSG/RR

Bern, den 11. März 2022

Stellungnahme des Schweizerischen Anwaltsverbands SAV-FSA zur Teilrevision des Kartellgesetzes (KG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Anwaltsverband (SAV) bedankt sich für die Einladung zur Vernehmung und nimmt dazu wie folgt Stellung:

I. Fusionskontrolle

A. Art. 9 Abs. 1^{bis}, 1^{ter} und 5

Im Rahmen der Schweizer Fusionskontrolle kann aus Praxissicht beobachtet werden, dass regelmässig bei der WEKO Transaktionen gemeldet werden, welche primär ausserhalb der Schweiz erfolgen und gleichzeitig auch von der EU Kommission eingehend geprüft werden. Bei solchen Verfahren kann es zu Doppelspurigkeiten und zu unnötigem Zusatzaufwand für die Parteien und die Schweizer Wettbewerbsbehörden kommen. Das Ziel der Vermeidung von Doppelspurigkeiten und Zusatzaufwand ist begrüssenswert. Die vorgeschlagene Regelung ist jedoch aus praktischer Sicht mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zielführend. Die Zielsetzung könnte mit anderen Massnahmen besser erfüllt werden.

Grosse internationale Transaktionen müssen meist in zahlreichen Ländern parallel angemeldet werden. Aus Sicht der Koordination dieser internationalen Fusionskontrollverfahren

sind für die Transaktionsparteien folgende Punkte von zentraler Bedeutung: (i) klare und einfach anzuwendende Aufgreifschwellewerte, (ii) Rechtssicherheit in Bezug auf die Meldepflicht, und (iii) klare Regelungen zum zeitlichen Ablauf. Die beteiligten Parteien müssen vorausplanen können, wann welche Meldung wo eingereicht und wann beurteilt wird. Nur so ist die notwendige Planung der Transaktionsschritte hin zum Vollzug der Transaktion möglich. Verzögerungen können zu erheblichen Zusatzkosten führen.

Aus dieser Perspektive sprechen folgende Punkte gegen die vorgeschlagene Regelung:

- Fehlende Vorhersehbarkeit: Für viele Marktaktivitäten besteht weder in der Schweiz noch auf europäischer Ebene eine gefestigte Praxis zur räumlichen Marktabgrenzung. Bei fehlender unmittelbarer Entscheiderelevanz lassen Behörden die Marktabgrenzung regelmässig offen. Fehlen klare Präzedenzfälle, so ist nur schwierig vorhersehbar, ob die eigene Einschätzung mit derjenigen der Behörde übereinstimmt. Diese Unklarheit könnte zwar auf dem Weg einer Sekretariatsberatung ausgeräumt werden. Diese erfordert indes erheblichen Aufwand und Zeit, die bei Zusammenschlussvorhaben knapp bemessen ist. Eine eindeutige und rechtssichere Beratung ist kaum möglich.
- Komplexe Ermittlung der Meldepflicht: Der vorgeschlagene Wortlaut sieht vor, dass die Meldepflicht nur dann entfällt, wenn sämtliche vom Zusammenschlussvorhaben "betroffenen" sachlichen Märkte in räumlicher Hinsicht zumindest die Schweiz und den EWR umfassen. Dies bedingt eine umfangreiche und zeitaufwändige Klärung aller Aktivitäten der Parteien in der Schweiz. Wenn nur ein einziger national abzugrenzen ist, so bleibt die Meldepflicht bestehen. Weiter ist für die Abklärung, auf welchen Produktmärkten in der Schweiz Aktivitäten bestehen, vielfach eine Involvierung der Geschäftsleitung in der Schweiz erforderlich. Dies erhöht den Komplexitätsgrad im Vergleich zur Ermittlung der Meldepflicht in anderen Jurisdiktionen. Der Aufwand für die Beschaffung dieser Informationen entspricht einem wesentlichen Teil des Aufwandes für eine Meldung des Zusammenschlusses in der Schweiz.
- Interventionsmöglichkeit der Behörde: Wenn es der Behörde offen steht, die Meldepflicht – *nota bene* ohne jegliche konkrete Frist – wieder aufleben zu lassen, so müssen die betroffenen Unternehmen von einer schwebenden Meldepflicht ausgehen. Ein Aufleben der Meldepflicht würde aufgrund einer Grobeinschätzung der Behörde erfolgen, wonach gewisse Märkte eventuell doch national abzugrenzen sind.
- Erhebliche Konsequenzen im Falle einer wieder auflebenden Meldepflicht: Eine ohne Frist wieder entstehende Meldepflicht ist für eng getaktete und durchorganisierte internationale Meldeverfahren höchst problematisch, führt zu höheren Kosten und Aufwendungen und wird demnach von den meisten Unternehmen mutmasslich vermieden werden.

Voraussichtlich würden die beteiligten Unternehmen in der Mehrheit der Fälle aufgrund der vorstehenden Unsicherheiten und der Komplexität im Zweifel das Zusammenschlussvorhaben melden, um Planungs- und Rechtssicherheit zu erhalten. Die vorgeschlagene Revision würde demnach nur sehr selten die in Aussicht gestellte Vereinfachung bewirken. **Der SAV schlägt deshalb vor, auf die Neuregelung in Art. 9 Abs. 1^{bis} und 1^{ter} E-KG zu verzichten.**

Eine Vereinfachung bei parallelen Meldungen in der Schweiz und bei der Europäischen Kommission kann mit anderen Mitteln erreicht werden. So hat es die Behörde selbst in der Hand, bei entsprechenden Konstellationen auf die Erhebung und Prüfung von weitreichenden Angaben und Unterlagen zu verzichten. Dies kann im Rahmen des Meldeformulars ohne Weiteres durch die Behörde klargestellt werden. Weiter ist anzuregen, dass die Meldung von Gemeinschaftsunternehmen ohne Bezug zur Schweiz (d.h. ohne oder mit nur geringen Umsätzen in der Schweiz) gesetzlich von der Meldepflicht ausgenommen werden.

B. Art. 10 Abs. 1 und 2

Die Revisionsvorlage enthält den Vorschlag, den in der EU angewandten Significant Impediment of Competition-Test (SIEC-Test) auch in der Schweiz einzuführen, um den Behörden eine vollumfängliche Prüfung der negativen, aber auch der positiven Effekte eines Zusammenschlusses zu ermöglichen.

Die Frage, ob neue Prüfkriterien einzuführen sind und falls ja, welche, ist in erster Linie eine wettbewerbspolitische Frage. Sollte der SIEC-Test eingeführt werden, ist aus Sicht des SAV sicherzustellen, dass der in der EU geltende SIEC-Test übernommen wird. Damit können Schweizer Unternehmen, Praktiker und Behörden von umfangreichen Rechtsprechungsquellen sowie von der gesamten wissenschaftlichen Forschung, die zu diesem Test besteht, profitieren. Dieser Nutzen wird jedoch nur dann greifbar sein, wenn die Wettbewerbsbehörden ihre Auslegung von Art. 10 E-KG an diejenige der europäischen Behörden und nicht diejenige von nationalen Behörden anpassen und in der Auslegung von Art. 10 E-KG keinen Sonderweg gehen. **Aus der Botschaft muss aus Sicht des SAV daher klar hervorgehen, dass der Gesetzgeber beabsichtigt, den europäischen SIEC-Test zu übernehmen** (vgl. in diesem Sinne auch Erläuternder Bericht, S. 21).

Die Einführung eines neuen Tests ist aber auch mit erheblichen Risiken verbunden, die entweder in der Umsetzungsverordnung (VKU) oder in der Botschaft adressiert werden sollten:

- In Art. 10 Abs. 2 lit. a E-KG wird als Regelbeispiel "insbesondere die Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung", die den wirksamen Wettbewerb signifikant behindert, erwähnt. Dies bedeutet, dass der Marktbeherrschungstest weiterhin als Ausgangslage für die Prüfung eines Zusammenschlusses dienen soll. Denn es dürfte insgesamt nur sehr wenige Fälle geben, die im Vergleich zu einem einfachen Marktbeherrschungstest mit dem SIEC-Test zusätzlich untersagt bzw. nur mit Verpflichtungszusagen genehmigt werden können (z.B. bei unilateralen Effekten unterhalb der Marktbeherrschungsschwelle). **Die Botschaft**

sollte daher klar hervorheben, dass die Wettbewerbsbehörden grundsätzlich auch zukünftig die Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung nachzuweisen haben, die den wirksamen Wettbewerb signifikant behindert.

- Der SIEC-Test kann in seiner Handhabung ausserordentlich aufwändig sein, da er regelmässig umfangreiche wettbewerbsökonomische Analysen erfordert. Angesichts der beschränkten Ressourcen der Behörden und des teilweise nur beschränkt verfügbaren Datenmaterials für gewisse Märkte in der Schweiz, dürften vertiefte Prüfungen oft nur sehr schwer oder gar nicht durchzuführen sein. Auch aus diesem Grund ist es für die Wirksamkeit der Strukturkontrolle zentral, dass als Regelbeispiel weiterhin der Marktbeherrschungstest als Ausgangspunkt für die Prüfung verwendet wird. **Dies sollte in der Botschaft klar hervorgehoben werden.**
- Die Einführung des europäischen SIEC-Tests bringt es mit sich, dass durch die Transaktion gewonnene Effizienzgewinne berücksichtigt werden können. Das bisherige Kriterium der Verbesserung des Wettbewerbs auf einem anderen Markt (Art. 10 Abs. 2 lit. b KG) kann entsprechend aufgehoben werden. Art. 10 Abs. 2 lit. b KG sieht jedoch vor, dass anstelle des ansonsten im Schweizer Kartellrecht geltenden Gesamtwohlfahrts-Standards ein dynamischer Konsumentenwohlfahrts-Standard angewendet werden soll. Der Gesamtwohlfahrts-Standard ist jedoch der Standard, der dem Schweizer Kartellrecht zugrunde liegt. Entsprechend sollte dieser auch bei der Fusionskontrolle zur Anwendung kommen. **Art. 10 Abs. 2 lit. b ist aus Sicht des SAV daher anzupassen, um klarzustellen, dass auch in der Fusionskontrolle der geltende Gesamtwohlfahrts-Standard relevant ist.**
- Auf den in Art. 10 Abs. 2 lit. b neu eingefügten Wortlaut "von den beteiligten Unternehmen nachgewiesenen Effizienzvorteile" ist zu verzichten, da die Effizienzvorteile nach der Officialmaxime von den Wettbewerbsbehörden zu ermitteln sind. Den beteiligten Unternehmen wird es in jedem Fall freistehen, die Wettbewerbsbehörden dabei zu unterstützen. Der in Art. 10 Abs. 2 lit. b neu eingefügte Wortlaut **"von den beteiligten Unternehmen nachgewiesenen Effizienzvorteile"** ist daher **zu streichen.**

C. Art. 32 / 33

In der Revisionsvorlage wird vorgeschlagen, in Art. 32 und 33 für die Wettbewerbsbehörden die Möglichkeit zu schaffen, die Fristen zu verlängern. Die vorgeschlagene Regelung zur Verlängerung des Fristenlaufs in Fusionskontrollverfahren soll den Behörden und meldenden Unternehmen insbesondere die Möglichkeit geben, den Fristenlauf in der Schweiz an den Fristlauf in ausländischen Fusionskontrollverfahren, primär EU Fusionskontrollverfahren, anzupassen.

Eine Annäherung des Fristenlaufs in der Schweiz und in der EU ist grundsätzlich zu begrüssen. Die vorgeschlagene Regelung birgt jedoch die Gefahr, dass die Wettbewerbsbe-

hörden aufgrund der in Fusionskontrollverfahren geltenden relativ kurzen Fristen die Fristverlängerungen regelmässig einfordern werden. Für betroffene Unternehmen dürfte es in diesen Fällen äusserst schwierig sein, sich diesen Ersuchen zu widersetzen. Zudem besteht die Gefahr, dass – entgegen den Ausführungen im Erläuternden Bericht – die "wichtigen Gründe" für eine Fristverlängerung in der Praxis sehr weit gefasst würden, so dass beispielsweise auch Personalmangel, Überlastung der Dienste etc. als wichtige Gründe qualifiziert würden. Eine drohende regelmässige Verlängerung des Fristenlaufs würde nicht nur zu höheren Kosten, sondern für die beteiligten Unternehmen auch zu Unsicherheiten hinsichtlich des Fristenlaufs und des Vollzugszeitpunkts ihrer Transaktionen führen.

Um das Risiko zu beseitigen, dass die flexible Regelung zweckentfremdet wird, sollten in Art. 32 Abs. 4 und Art. 33 Abs. 4 E-KG folgende Anpassungen erfolgen:

- Die Formulierung "mit Zustimmung der meldenden Unternehmen" sollte durch "**auf Antrag der meldenden Unternehmen**" ersetzt werden; und
- die Formulierung "aus wichtigen Gründen" sollte durch "**zur Angleichung des Fristenlaufs an ausländische Fusionskontrollverfahren**" ersetzt werden.

Damit wird sichergestellt, dass eine Fristverlängerung nur dann erfolgt, wenn sie aufgrund der nicht parallel laufenden Fristen in schweizerischen und ausländischen Verfahren notwendig ist.

Weitere Kommentare

Der SAV ist der Auffassung, dass im Rahmen der KG Revision auch noch nachfolgende Gesetzes- bzw. Verordnungsanpassung zu prüfen wäre:

- **Öffentliche Übernahmeangebote, bei denen die Kontrolle von mehreren Veräusserern entweder im Wege eines öffentlichen Übernahmeangebots oder im Wege einer Reihe von Rechtsgeschäften mit Wertpapieren erworben wird:** Im europäischen Recht sieht Art. 7 Abs. 2 lit. b FKVO bei solchen öffentlichen Übernahmeangeboten vor, dass die Anteile trotz Vollzugsverbot erworben werden können, wenn "der Erwerber die mit den Anteilen verbundenen Stimmrechte nicht ausübt" und der Zusammenschluss nach dem Erwerb unverzüglich gemeldet wird. Das Schweizer Recht kennt keine entsprechende Bestimmung. Dies kann in der Praxis dazu führen, dass bei öffentlichen Übernahmeangeboten um eine Bewilligung des vorzeitigen Vollzugs ersucht werden muss oder Transaktionen vor der Erlangung der Kontrollschwelle gemeldet werden müssen. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit für Unternehmen erachtet der SAV die Einführung einer dem europäischen Recht entsprechenden Bestimmung als notwendig.

II. Kartellzivilrecht

La FSA accueille positivement la révision des dispositions concernant le droit civil des cartels, mais doute néanmoins que les mesures retenues dans l'avant-projet permettent d'atteindre efficacement le but visé par la révision, à savoir un renforcement du droit civil

des cartels (cf. Rapport, p. 11). En particulier, il semble trop optimiste de croire que la Comco serait déchargée de certains cas; au mieux, les art. 12 ss LCart augmenteront l'effet dissuasif du droit des cartels vis-à-vis des contrevenants en augmentant le risque financier auquel ils feront face. Enfin de nombreuses questions procédurales restent ouvertes et poseront des difficultés dans la mise en œuvre des prétentions de droit civil des cartels.

A. Actions découlant de restrictions illicites à la concurrence

Art. 12 AP-LCart :

La nouvelle formulation retenue va permettre aux consommateurs et aux adjudicateurs de marchés publics d'avoir la qualité pour agir pour ouvrir des actions en droit civil des cartels. Il faut **saluer cette nouveauté**, qui correspond aujourd'hui à un standard largement appliqué au niveau international, en particulier en Europe.

Toutefois, les effets de cette nouveauté ne doivent **pas être surestimés** en particulier pour les consommateurs, dans la mesure où un consommateur n'engagera en principe jamais une action tout seul. Par conséquent, le seul fait d'accorder la légitimation aux consommateurs n'augmentera pas sensiblement le nombre de procédures en droit civil de la concurrence.

La suppression de la mention d'une « entrave à la concurrence » à l'art. 12 al. 1 et la **suppression de l'art. 12 al. 3 LCart** doivent être saluées dans la mesure où ces formulations créaient d'importantes difficultés d'interprétation et où l'art. 12 al. 3 LCart était contraire à l'esprit de la loi, puisqu'il instituait une prétention de droit civil pour un comportement matériellement licite selon la LCart.

B. Prescription

Art. 12a AP-LCart :

L'écoulement du délai de prescription constitue actuellement un des plus grands obstacles aux procédures en droit civil des cartels, car les demandeurs ont souvent des difficultés à identifier l'auteur et le montant du dommage pendant la durée du délai relatif de l'art. 60 CO, même si celui-ci a été prolongé d'un an à trois ans au 1^{er} janvier 2020. Même si ce problème peut en principe être atténué par la renonciation au délai de prescription, la révision de la LCart **doit être saluée**.

Art. 13 AP-LCart :

La modification législative **doit être saluée**. En particulier, les débats doctrinaux autour de l'art. 13 let. a LCart sont définitivement tranchés par le législateur.

C. Transaction collective :

La FSA constate que le projet de modification du CPC vient à point nommé qui propose l'introduction d'une action collective (FF 2021, p. 3049). Celle-ci pourra s'appliquer également dans les cas d'infractions au droit des cartels. Grâce à l'aménagement introduit dans

le droit de prescription, les actions faisant suite à des enquêtes (follow-on) seront désormais possibles.

Cela étant, la FSA est d'avis que le Conseil fédéral pourrait faire usage de la faculté figurant à l'art. 89 al. 4 du projet de modification du CPC d'introduire des dispositions spécifiques dans d'autres législations afin d'admettre plus largement les actions collectives.

A cet égard, la FSA observe tout d'abord que la mise sur pied d'actions collectives dans le projet de CPC restera une tâche difficile. La question du financement en premier lieu est un obstacle sérieux à l'entreprise de toute action collective. En outre, en l'absence de menace d'action collective, l'incitation à passer une transaction pour l'entreprise en infraction à la LCart, restera faible. La transaction collective pourrait bien n'être envisageable que dans les cas où un accord amiable est passé avec l'autorité de concurrence au sens de l'art. 29 LCart.

Compte tenu de cet aspect, il serait judicieux d'introduire dans le projet un complément à l'art. 29 LCart, visant à ce que le Secrétariat favorise véritablement la compensation des parties lésées lorsqu'il négocie une transaction.

D. Nachweis des Schadens / Passing-on-defence

Der Kartellzivilweg wurde in der Schweiz bisher auch deshalb nur selten beschritten, weil der Nachweis bzw. die Bezifferung des Schadens sowohl auf der Kläger- wie auf der Beklagtenseite Probleme aufwirft. Auf der Klägerseite ist es vor allem der erschwerte Zugang zu den Beweisen, der den Nachweis des Schadens erschwert. Bezüglich der Widerrechtlichkeit einer kartellrechtlichen Handlung sollte daher eine Bindungswirkung an den Entscheid der Verwaltungsbehörden bestehen.

Ein weiteres Problem auf der Seite des Beklagten besteht, wenn es dem Kläger gelingt, den Schaden nachzuweisen, vor allem das Problem, im gegebenen Fall nachzuweisen, dass der Kläger den angeblich erlittenen Schaden auf seinen eigenen Verkaufspreisen darauf geschlagen und damit seinen Geschäftspartnern aufgebürdet hat (passing-on defence). Die Beweislast hierfür liegt aufgrund des Bereicherungsverbots und dem Grundsatz, dass Vorteile angerechnet werden müssen, beim Beklagten. Dieser Beweis ist, wie die Erfahrung aus der EU-Rechtsprechung zeigt, nur sehr schwer zu erbringen. Obwohl die Schadenersatzrichtlinie zurzeit keine grundsätzlich effizienteren Instrumente vorsieht, um diese Beweislast angemessen zu mildern (vgl. etwa Art. 12 Abs. 5 RI/Art. 42 Abs. 2 OR), gibt sie immerhin in Art. 13 einen Anspruch auf Einsicht in relevante Informationen. Es ist daher dem Schweizer Gesetzgeber zu empfehlen, auch im Zusammenhang des passing-on defence entsprechend Erleichterungen vorzusehen.

Schliesslich wäre auch eine Beweiserleichterung für denjenigen Abnehmer vorzusehen, auf den der direkte Abnehmer den Schaden abgewälzt hat. Auch hier sieht die EU-Richtlinie eine Lösung vor, indem er den Beweis erbringen kann, indem aufgrund der Wettbewerbsverletzung Preisaufschläge erfolgt sind (Artikel 14 Abs. 2).

E. Accès aux preuves dans les procédures civiles de droit des cartels

Dans les procédures civiles en matière de droit des cartels, la partie lésée qui souhaite obtenir réparation de son préjudice est souvent confrontée à d'importantes difficultés pour apporter la preuve des actes illicites et de son dommage. Elle n'a qu'une connaissance partielle des faits qui fondent l'infraction à la LCart et ne connaît pas précisément le montant de son dommage.

L'obligation pour la partie demanderesse à un procès civil d'exposer les faits et de présenter les preuves pertinentes au stade de la demande déjà exacerbe ces difficultés.

Les informations et documents qui permettraient d'apporter cette preuve devant un tribunal civil se trouvent généralement en mains de la partie défenderesse ou de l'autorité de la concurrence, si une enquête administrative a été menée en parallèle.

En l'état actuel du droit, une collectivité publique lésée par un comportement anticoncurrentiel illicite – notamment un canton – peut déjà avoir accès au dossier de la Commission de la concurrence en vertu de l'assistance administrative (art. 44 Cst et art. 19 LPD), si elle peut prouver qu'elle en a besoin pour accomplir une obligation légale¹. En revanche, une entreprise privée ou un consommateur n'y aura pas accès. Cette inégalité de traitement n'est pas justifiée.

Il convient également de noter que la Commission de la concurrence n'a aucune obligation de donner suite à une requête d'un tribunal civil, faute de base légale relative à l'assistance administrative dans la LCart².

Dans l'optique d'une mise en œuvre effective du droit privé de la concurrence, il conviendrait de permettre à la partie lésée d'accéder, d'une manière ou d'une autre, aux éléments de preuve en mains de sa partie adverse ou de l'autorité. Nous proposons quelques pistes, partiellement inspirées du droit européen³.

D'une part, une base légale pourrait être créée afin d'octroyer l'assistance administrative de la Comco en faveur des tribunaux civils. La partie lésée pourrait ainsi requérir auprès du tribunal civil la production de pièces en mains de la Comco, en faisant usage notamment des possibilités de production anticipée de pièces ou du mécanisme de la preuve à futur (art. 158 CPC).

D'autre part, un accès limité au dossier de la procédure administrative pourrait être octroyé à la partie lésée qui rend vraisemblable qu'elle a subi un dommage du fait du comportement anticoncurrentiel et qu'elle a l'intention d'en demander réparation devant les tribunaux civils.

¹ ATF 147 II 227, qui interprète largement la notion d'obligation légale, une obligation générale de veiller au bon état des finances du canton ayant été jugée suffisante en l'espèce.

² Par analogie avec la FINMA, cf. arrêt du TAF B-104/2014.

³ Notamment la Directive 2014/104/UE du 26 novembre 2014 relative à certaines règles régissant les actions en dommages et intérêts en droit national pour les infractions aux dispositions du droit de la concurrence des États membres et de l'Union européenne.

Dans tous les cas, l'accès aux éléments de preuve par la partie lésée devrait être soumis à des restrictions :

- Respect du principe de proportionnalité : la demande devrait être spécifique et limitée aux informations nécessaires, afin d'éviter la « pêche aux informations ». En outre, l'usage des informations obtenues devrait être strictement limité à la procédure civile envisagée.
- L'entreprise visée par l'action civile envisagée devrait avoir été partie à la procédure administrative et ainsi avoir pu, dans ce cadre, s'exprimer sur la recevabilité et l'appréciation des preuves.
- Les pièces fournies à la Comco en vue de participer au programme de clémence ou dans le cadre de ce programme (art. 49a al. 2 LCart) ne devraient en aucun cas pouvoir être communiquées aux parties lésées. A défaut, les entreprises pourraient être dissuadées d'annoncer des restrictions à la Comco ou de collaborer avec cette dernière si les pièces qu'elles fournissent volontairement sont accessibles ultérieurement aux parties lésées.

III. Widerspruchsverfahren

Die Dauer des Widerspruchsverfahren soll von fünf auf zwei Monate verkürzt werden und das Sanktionsrisiko soll nur im Falle der Eröffnung einer Untersuchung wieder aufleben.

Die unbestimmten Gesetzesbegriffe des Kartellgesetzes räumen der Wettbewerbskommission und den Gerichten weite Beurteilungsspielräume ein. Entsprechend ist es für die Unternehmen in vielen Fällen schwierig abzuschätzen, ob die Behörde ein konkretes Geschäftsmodell oder eine Kooperation sanktionieren könnte. Das Widerspruchsverfahren, welches im Zusammenhang mit der Einführung von direkten Sanktionen als wichtiges Instrument zur Abfederung von Sanktionsrisiken angesehen wurde, konnte seinen Zweck bis anhin nicht erfüllen. Es wäre für die derzeit im Wesentlichen auf Selbsteinschätzung angewiesenen Rechtsunterworfenen ein wichtiges und notwendiges Mittel zur Schaffung von Rechtssicherheit.

Die Verkürzung der Prüfdauer und die Erhöhung der Widerspruchsschwelle sind als Schritte in die richtige Richtung zu begrüßen. Es wäre indessen ein fatales Signal, wenn dies nun dazu führen würde, dass die Wettbewerbskommission mehr Untersuchungen eröffnet, welche anschliessend erst nach langer Dauer und damit einer Phase der Rechtsunsicherheit abgeschlossen werden. Problematisch wäre dies insbesondere dann, wenn die Untersuchungseröffnung deshalb erfolgt, weil die Wirkungen einer bisher nicht oder erst seit kurzem umgesetzten Verhaltensweise noch nicht abgeschätzt werden können – ein Grund, der in der Vergangenheit dazu genutzt wurde, um eine Vorabklärung zu eröffnen, welche die Umsetzung eines möglicherweise innovativen Vorhabens verhindert hat. Das Aufleben eines Sanktionsrisikos vor einem konkreten Entscheid über die Zulässigkeit einer

Verhaltensweise ist für Vorhaben mit grösseren Kosten investitionshemmend. Ein Projektabbruch einzig aufgrund einer Untersuchungseröffnung wäre ein wirtschaftsfeindliches Signal. Wenn die spezialisierte Wettbewerbsbehörde nicht innert Frist feststellen kann, ob eine bestimmte Verhaltensweise gesetzeskonform ist oder nicht, so kann das Risiko einer Sanktion auch nicht auf ein Unternehmen abgeschoben werden, welches diese Einschätzung erst recht nicht mit ausreichender Sicherheit vornehmen kann.

Um die Wirkung des Widerspruchsverfahrens effektiv zu verbessern, stellt sich folglich die Frage, ob nicht Zusätzliches erforderlich ist. Dieses Zusätzliche könnte darin bestehen, dass die Sanktionsbefreiung bei einer Meldung – welche ja den Willen der Beteiligten zur Offenheit deutlich macht – zusätzlich dadurch honoriert wird, dass das Wiederaufleben des Sanktionsrisikos erst dann eintritt, wenn die Wettbewerbskommission das erstinstanzliche Verfahren mit einem negativen Verdikt für die Beteiligten abschliesst. Falls eine Verhaltensweise zudem offensichtlich unzulässig ist, kann die Wettbewerbskommission die Verhaltensweise nach Untersuchungseröffnung auch mittels vorsorglicher Massnahmen untersagen. Dieses Vorgehen hätte wohl auch den Vorteil, dass mit dieser Regelung neben einem Anreiz zur Transparenz für die Beteiligten auch ein Anreiz zur Verfahrensbeschleunigung durch die Behörde eintreten würde.

IV. Verfahren und weitere Revisionsvorschläge

A. Ordnungsfristen für das Verwaltungsverfahren

Die in der Botschaft erwähnte durchschnittliche Verfahrensdauer von acht Jahren macht deutlich, dass effektiv ein Handlungsbedarf besteht. Auch wenn es sich bei Kartellfällen teilweise um komplexe Sachverhalte handelt, sollten die Behörden und Gerichte in der Lage sein, entsprechende Sachverhalte innerhalb von kürzeren Fristen zu beurteilen. Schliesslich haben die Rechtsunterworfenen bei Stellungnahmen oder in Rechtsmittelverfahren jeweils einen weit beschränkteren Zeitrahmen, um ihre Vorbehalte gegenüber den Feststellungen der Behörden anzubringen.

Eine Ordnungsfrist, welche mittels einfacher Begründung ohne Weiteres aus den Angeln gehoben werden kann und deren Überschreitung keinerlei Rechtsfolgen nach sich zieht, ist ein zu schwaches Mittel, um bezüglich der langen Verfahrensdauer mit immer noch ungeklärten Fragen bezüglich der Verjährung Abhilfe zu sorgen. Zusätzliche Massnahmen sind erforderlich, sei es, dass beim Überschreiten die Sanktion automatisch um einen bestimmten Prozentsatz reduziert werden muss (überlange Verfahrensdauer) oder dass beim Überschreiten einer bestimmten Verfahrensdauer die Sanktion zwingend entfallen muss, selbst wenn eine schwerwiegende Kartellverletzung vorliegt. Letztere sollten eigentlich einfach und schnell zu beurteilen sein.

Die Erhöhung des Druckes zum Verfahrensabschluss hätte auch positive Auswirkung auf den Mechanismus des Widerspruchverfahrens. Die Behörde wird sich die Erhebung von Widerspruch mittels Untersuchungseröffnung sorgfältiger überlegen, wenn sie anschliessend das Untersuchungsverfahren innerhalb einer zeitlich begrenzten Frist abschliessen muss.

B. Parteientschädigung bei Untersuchungseinstellung

Die geplante Ausrichtung einer Parteientschädigung bei der Untersuchungseinstellung ist zu begrüßen.

Die lange Verfahrensdauer und der Aufwand der Untersuchungsadressaten verursachten bei den Betroffenen hohe Kosten, die im Falle einer Einstellung der Untersuchung unge rechtfertigt waren. In diesen Punkten unterscheiden sich das kartellrechtliche Verfahren in der Regel von anderen Verwaltungsverfahren. Es ist zudem unbestritten, dass das Kartellverfahren insbesondere wegen der hohen Sanktionen immanent strafrechtliche Züge hat. Bei der Einstellung von Strafverfahren wird den Betroffenen auch eine Parteientschädigung zugesprochen. Eine abweichende Behandlung von Kartellverfahren im Vergleich zu Verwaltungsverfahren ohne oder mit wesentlich geringer belastenden Sanktionen ist entsprechend gerechtfertigt.

Bei den Kriterien für die Höhe der Entschädigung in der vorgeschlagenen Regelung in Art. 53b sollte in jedem Fall die Länge des Verfahrens und der den Parteien entstandene Aufwand unter Berücksichtigung der Vertretungskosten als in Erwägung zu ziehende Kriterien enthalten sein.

C. Fouilles corporelles

Le projet propose d'introduire à l'art. 42 LCart une base légale pour des fouilles corporelles, au motif que l'autorité est parfois empêchée d'accéder à des moyens de preuve (par exemple un téléphone portable) que certaines personnes tenteraient de dissimuler sur elles lors de perquisitions.

Cette nouvelle mesure de contrainte nous paraît peu adéquate et disproportionnée. C'est pourquoi nous ne la soutenons pas.

D'une part, la LCart est une législation qui relève du droit administratif, non du droit pénal. Elle n'a pas vocation à être mise en œuvre par des méthodes procédurales qui relèvent du droit pénal.

D'autre part, la LCart vise les entreprises, c'est-à-dire le plus souvent des personnes morales. Dans le contexte d'une perquisition, les personnes susceptibles de faire l'objet de fouilles corporelles sont généralement des employés de l'entreprise concernée. Ces employés ne sont pas visés personnellement par l'enquête et sont presque toujours considérés par la Comco comme des témoins. Or, en procédure pénale de manière générale, un témoin n'a pas vocation à subir une fouille corporelle. L'art. 48 al. 2 DPA, auquel renvoie l'art. 42 LCart, ne permet d'ailleurs que la fouille de l'inculpé.

Enfin, le refus de remettre un moyen de preuve aux enquêteurs qui effectuent une perquisition ou la dissimulation d'un moyen de preuve peut être constitutif de l'infraction d'empêchement d'accomplir un acte officiel (art. 286 CP). La menace d'une condamnation pénale en cas de refus de remettre un moyen de preuve aux enquêteurs nous paraît suffisante pour atteindre le but visé, sans avoir à passer par une fouille corporelle.

V. Art. 5 LCart – Notabilité des accords en matière de concurrence

Le projet de révision de l'art. 5 LCart propose de revenir sur l'arrêt « Gaba » du Tribunal fédéral en introduisant un nouvel alinéa 1bis, qui préciserait que « L'appréciation du caractère notable de l'atteinte est effectuée sur la base de critères qualitatifs et de critères quantitatifs ». En d'autres termes, l'autorité de la concurrence ne pourrait plus arrêter son analyse après avoir conclu à la notabilité d'un accord sous l'angle qualitatif, mais devrait dans tous les cas examiner aussi les aspects quantitatifs de la restriction (concurrence interne et externe, parts de marché, etc.).

Par cette proposition, le projet donne suite à la motion 13.4282 Français, qui exige la réintroduction d'une analyse tant qualitative que quantitative des accords en matière de concurrence.

Cette précision législative est bienvenue et doit être saluée.

Il faut relever en premier lieu qu'elle ne remettrait aucunement en cause les règles relatives aux accords horizontaux durs, soit ceux qui visent exclusivement ou principalement une coordination des prix ou des quantités ou une répartition des territoires ou de la clientèle, ni des accords verticaux qui ne visent qu'à isoler le marché suisse ou empêcher les importations parallèles dans le but d'y imposer des prix plus élevés qu'ailleurs.

Pour ces accords, l'aspect qualitatif de la restriction prévaudra dans presque tous les cas sur les aspects quantitatifs.

Cependant, pour les accords visés par l'art. 5 al. 3 et 4 LCart, l'analyse est devenue trop schématique depuis l'arrêt Gaba et peut aboutir à des résultats parfois choquants, qui ne correspondent pas à la réalité des multiples formes de coopération, parfaitement légitimes, entre entreprises.

Nous pensons en particulier aux accords d'achats communs, de recherche et développement, en matière environnementale, de co-production ou co-distribution ou de certains échanges d'informations.

L'approche purement formelle qui prévaut depuis l'arrêt Gaba, attachée exclusivement au texte des accords sans égard à la manière dont ils sont appliqués ou à leurs effets réels et concrets pour la concurrence, nous paraît dommageable d'un point de vue économique. Elle a pour effet de dissuader les entreprises de s'engager dans des projets créateurs de valeur mais ayant un impact minime sur la concurrence, tant l'analyse purement formelle de l'accord, sans aucun égard pour la manière dont il est réellement mis en œuvre, pour ses effets réels sur le marché ou encore pour ses effets bénéfiques par ailleurs, entraîne pour les entreprises concernées un risque de sanction dissuasif.

A notre sens, le droit des cartels devrait se focaliser sur les accords qui ont un effet négatif réel et sensible sur la concurrence.

A cela s'ajoute que selon la législation et la jurisprudence actuelles, les possibilités de justification de l'accord pour des motifs d'efficacité économique sont, en pratique, très limitées. Elles ne peuvent remplacer l'analyse des aspects quantitatifs.

La motion Française se préoccupait par ailleurs de ne pas exposer les consortiums entre entreprises à un risque injustifié d'interdiction et de sanction. Dans de nombreux cas, les consortiums ne constituent en effet pas des accords au sens de l'art. 4 al. 1 LCart, de sorte qu'il n'est pas nécessaire de procéder à un examen de la notabilité au sens de l'art. 5 al. 1 LCart. Cette position est également défendue par le Secrétariat de la Commission de la Concurrence. Cependant, étant donné que l'appréciation des consortiums au regard du droit des cartels n'a été clarifiée ni dans la loi ni par un arrêt du Tribunal fédéral, il existe toujours une insécurité juridique de principe. La position actuelle du Secrétariat n'a aucune portée contraignante et ne lie ni la Commission ni les tribunaux. En conséquence, le contrôle quantitatif de la notabilité pourrait également constituer un correctif utile pour les consortiums. Il convient toutefois de noter que la problématique actuelle de l'illicéité des accords sans égards pour leurs effets restrictifs concrets sur la concurrence ne se limite pas aux consortiums. Il s'agit bien plutôt d'un problème qui peut concerner tous les types d'accords.

Pour ces raisons, nous accueillons favorablement, sur le principe, le projet de révision de l'art. 5 LCart.

Il est vrai que la réintroduction de l'analyse des aspects quantitatifs peut dans certains cas entraîner un surplus de travail pour la Comco. Toutefois, l'autorité gagnerait à concentrer ses ressources sur les cas qui sont réellement problématiques pour l'économie suisse. Les procédures portant sur des accords dont les effets quantitatifs sont réellement de minime importance peuvent être abandonnées sans difficultés avant que l'autorité n'y investisse beaucoup de ressources.

Cela étant, à titre accessoire, nous relevons que la rédaction proposée est quelque peu confuse. Nous proposons donc plutôt d'introduire un nouvel art. 5 alinéa 5 dont la teneur serait la suivante :

⁵ Si la présomption de suppression de la concurrence efficace peut être renversée, l'accord n'est notable au sens de l'alinéa un que si la notabilité de la restriction de la concurrence peut être prouvée sous l'angle de critères tant qualitatifs que quantitatifs.

⁵ Kann die Vermutung der Beseitigung des wirksamen Wettbewerbs widerlegt werden, ist eine Abrede nur dann im Sinne von Absatz 1 erheblich, wenn die Erheblichkeit der Wettbewerbsbeeinträchtigung anhand qualitativer und quantitativer Kriterien nachgewiesen werden kann.

A titre d'alternative, les entreprises devraient au moins avoir la possibilité de contester le caractère notable de l'accord tel que posé par l'arrêt Gaba. Ce n'est qu'ainsi que l'on peut exclure que des entreprises soient amendées pour des comportements qui, dans les faits, n'ont pas eu d'effets restrictifs concrets sur la concurrence. Si les entreprises peuvent apporter des indices de l'absence de tels effets ou de notabilité quantitative, ce devrait alors

être à l'autorité de la concurrence d'en apporter la preuve avec les instruments d'enquête dont elle dispose, dans l'esprit de la systématique initiale de la loi. Dans ce cas, le nouvel art. 5 al. 5 LCart pourrait avoir la teneur suivante :

⁵ Si la présomption de suppression de la concurrence efficace peut être renversée, l'accord n'est illicite que s'il affecte de manière notable la concurrence au sens de l'alinéa 1 et qu'il n'est pas justifié par des motifs d'efficacité économique au sens de l'alinéa 2. S'il existe des indices que l'accord n'a pas d'effet anticoncurrentiel concret ou qu'il n'est pas notable sous l'angle quantitatif, la Commission de la concurrence doit démontrer l'effet anticoncurrentiel et la notabilité de l'accord sur la base de critères tant qualitatifs que quantitatifs.

⁵ Kann die Vermutung der Beseitigung des wirksamen Wettbewerbs widerlegt werden, ist eine Abrede nur dann unzulässig, wenn sie im Sinne von Absatz 1 den Wettbewerb erheblich beeinträchtigt und nicht durch Gründe der wirtschaftlichen Effizienz gemäss Absatz 2 gerechtfertigt werden kann. Falls Anhaltspunkte bestehen bzw. vorgebracht werden, dass die Abrede keine tatsächlichen wettbewerbswidrigen Wirkungen hat oder keine quantitative Erheblichkeit besteht, so hat die Wettbewerbskommission die wettbewerbswidrige Wirkung und die Erheblichkeit der Abrede anhand qualitativer und quantitativer Kriterien nachzuweisen.

VI. Institutionenreform

A. Ausgangslage

Im Rahmen der letzten KG-Revision hat der Bundesrat eine Institutionenreform vorgeschlagen (Schaffung eines Wettbewerbsgerichts). Der Revisionsbedarf wurde bereits im Rahmen der Evaluation des Kartellgesetzes identifiziert.⁴ Festgehalten wurde, dass die Zusammenarbeit zwischen der Milizkommission und dem professionellen Sekretariat an mehreren Ungleichgewichten (Wissensstand, Entscheidungsmacht, Prozesskontrolle) leide.

Der Bundesrat ist auch heute noch der Ansicht, dass es einer institutionellen Reform bedarf⁵ (vgl. Antwort des Bundesrates auf IP Noser). Der Bundesrat weist aber darauf hin, dass über die Institutionenreform in einer nächsten KG-Revision diskutiert werden müsse. Er befürchtet ein Überladen der Vorlage, welches – wie bei der letzten Revision im Jahre 2012 – zu einem Scheitern führen könnte. Entsprechend hat der Bundesrat in der aktuellen Vernehmlassungsvorlage auf eine Institutionenreform verzichtet.

B. Beurteilung

Aus der Sicht des SAV wirken sich die identifizierten Mängel an der heutigen Behördenorganisation in unveränderter Weise negativ auf die Rechtsstaatlichkeit der Verfahren aus. Spätestens mit der Einführung der direkten Sanktionen, welche von ihrer Höhe her gewollt

⁴ Vgl. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Evaluationsgruppe Kartellgesetz, Synthesebericht der Evaluationsgruppe vom 5. Dezember 2008, S. 56 ff. sowie Anhang 12, Gutachten von Prof. Baudenbacher zur Evaluation bestimmter Aspekte des schweizerischen Kartellgesetzes, S. 22.

⁵ Vgl. Stellungnahme des Bundesrates vom 10. November 2021 zur Interpellation 21.4108, Kartellgesetz umfassend modernisieren, von Ständerat Noser Ruedi.

einen strafrechtsähnlichen Charakter aufweisen, hätte das erstinstanzliche Verfahren in rechtsstaatlicher Hinsicht verbessert werden müssen.

In der aktuellen Struktur der Wettbewerbsbehörden ist die Kommission die Entscheidbehörde. Sie besteht aus 12 Mitgliedern (ProfessorInnen und Verbandsvertreter). Es handelt sich um eine Milizbehörde. Die meisten Mitglieder der Kommission haben eine Hauptanstellung an einer Universität oder bei einem Verband.

Das professionelle Sekretariat (rund 75 Mitarbeitende) ist die Untersuchungs- und Anklagebehörde. Das Sekretariat führt die Untersuchungen und überweist die Fälle mittels Anträgen (=Anklageschriften) zum Entscheid an die Kommission.

Zwar haben die Anwältinnen und Anwälte der Unternehmen die Möglichkeit, vor dem Entscheid ein kurzes Plädoyer vor der Kommission zu halten. Die Mitglieder der Kommission verfügen aber nicht über die zeitlichen Ressourcen, sich fundiert mit den einzelnen Fällen, den entsprechenden Akten, den Schriftsätzen der Anwälte und letztlich den Gegenargumenten der angeklagten Unternehmen auseinanderzusetzen. Sie sind darauf angewiesen, auf die Arbeit der Sekretariatsmitarbeiter zu vertrauen. Die Kommission verfügt auch nicht über ein eigenes Fachsekretariat. Sofern die Kommission Gegenargumente überprüfen will, wird sie entsprechende Fragen an die Fallbearbeiter des Sekretariats richten. Bei diesen Entscheidberatungen sind die Anwältinnen und Anwälte der angeschuldigten Unternehmen nicht anwesend. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Antworten der Sekretariatsmitarbeiter aus der Anklageoptik erfolgen und darauf ausgerichtet sind, den Antrag bzw. den Entscheidvorschlag des Sekretariats zu stützen. Entsprechend haben die mit der Anklagefunktion betrauten Sekretariatsmitarbeitenden einen viel direkteren Zugang und grösseren Einfluss auf die Entscheidbehörde als die Verfahrensparteien. Dadurch fehlt es an der erforderlichen Trennung zwischen der Untersuchungs- bzw. Anklagebehörde und der Entscheidbehörde.

Auch durch das Bundesverwaltungsgericht kann dieser rechtsstaatliche Mangel nicht in befriedigender Weise behoben werden. Das Bundesgericht hat im *Publigroupe*-Entscheid⁶ festgehalten, dass das kartellrechtliche Sanktionsverfahren mit der EMRK konform sei, weil das Bundesverwaltungsgericht als Rechtsmittelinstanz volle Kognition habe. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass das Bundesverwaltungsgericht zwar Rechtsfehler der WEKO korrigieren kann; dass es aber auch aufgrund der knappen personellen Ressourcen nicht in der Lage ist, eigene Sachverhaltserhebungen durchzuführen. Ausserdem gewährt das Bundesverwaltungsgericht der Vorinstanz einen weiten Beurteilungsspielraum, in den es nicht eingreift (sog. "technisches Ermessen")⁷.

⁶ BGE 139 I 72.

⁷ Vgl. Urteil des BVGer B-2977/2007 vom 27.04.2010 E. 8.1.1.8.

Bei der letzten Revision hat der Bundesrat in seiner Botschaft eine Institutionenreform vorgeschlagen, welche die Entscheidkompetenz der Kommission auf ein Gericht verlagert hätte.⁸ Dieser Vorschlag wurde vom SAV begrüsst.⁹

Aus der Sicht des SAV könnte das Hauptproblem der mangelnden Trennung zwischen Untersuchung/Anklage und Entscheid alternativ auch mit einer weniger weitreichenden Reform adressiert werden. Eine solche weniger weitgehende Reform könnte in die aktuelle Vorlage integriert werden, ohne die Gesamtrevision zu gefährden.

Als zu prüfendes Modell wird Folgendes vorgeschlagen: Erstens sollten die Teilpensen der Kommissionsmitglieder erheblich erhöht werden, so dass die zur Verfügung stehende Zeit für eine angemessene Auseinandersetzung mit den Akten der zu entscheidenden Fälle ausreicht. Zweitens ist vorzusehen, dass der Kommission eigene Gerichts- bzw. Kommissionsschreiberinnen zugeteilt werden, welche die Kommissionsmitglieder bei der Verfahrensführung, Entscheidfindung und Entscheidredaktion ab Antragserhebung (vgl. Art. 30 KG) unterstützen.¹⁰ Diese Kommissionsschreiber wären in personeller und räumlicher Hinsicht vom Sekretariat zu trennen. Drittens ist im Gesetz vorzusehen, dass Mitglieder des Sekretariats bei der Entscheidberatung der Kommission in Zukunft nur anwesend sind, wenn gleichzeitig auch die betroffenen Unternehmen bzw. deren Vertreter anwesend sind. Durch diese Massnahmen könnte einerseits die Kommission gestärkt werden, ohne dass dazu die Behördenorganisation völlig erneuert werden müsste. Dieses Modell würde den Kommissionsmitgliedern dank zusätzlichen eigenen Kapazitäten eine von der Anklagebehörde (Sekretariat) unabhängigere bzw. freiere Entscheidfindung ermöglichen. Mit der neuen Vorschrift zu den Entscheidberatungen würde zusätzlich sichergestellt, dass Anklagebehörden und betroffene Unternehmen im Entscheidungsprozess über gleich lange Spiesse verfügen.

C. Umsetzungsvorschlag

Diese geschilderte institutionelle Reform könnte durch zwei neue Absätze im bestehenden Kartellgesetz umgesetzt werden:

Art. 19 Abs. 3 KG

³ (neu) Die Mitglieder der Wettbewerbskommission verfügen über ein für die aufwändige Entscheidvorbereitung angemessenes zeitliches Pensum. Die Wettbewerbskommission verfügt über eigene, vom Sekretariat unabhängige Kommissionsschreiber. Sie wirken bei der Entscheidfindung mit beratender Stimme mit und unterstützen die Wettbewerbskommission bei der Verfahrensführung. Sie erfüllen weitere

⁸ Botschaft zur Änderung des Kartellgesetzes und zum Bundesgesetz über die Organisation der Wettbewerbsbehörde vom 22. Februar 2012, BBl 2012 3905.

⁹ Stellungnahme des SAV vom 30. November 2010 zum Entwurf für die Änderung des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (KG).

¹⁰ In diesem Sinne bereits Walter Stoffel, SZW 2015, Wie weiter im schweizerischen Wettbewerbsrecht, S. 7 f., sowie Pierre Tercier, Roland von Büren, Walter Stoffel, Für eine ernsthafte Durchsetzung des Wettbewerbsrechts, NZZ vom 16.11.2010, S. 31.

Aufgaben, die ihnen das Geschäftsreglement überträgt. Die Kommissionsschreiberinnen und Kommissionsschreiber werden von der Wettbewerbskommission gewählt.

Art. 21 Abs. 3 KG

³ (neu) Die Wettbewerbskommission kann bei der Beratung ihrer Entscheide Vertreter des Sekretariats beiziehen. In diesem Fall hat sie auch die betroffenen Unternehmen bzw. deren Rechtsvertreter zu den Beratungen einzuladen.

Der Schweizerische Anwaltsverband dankt Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Präsidentin SAV
Birgit Sambeth Glasner



Generalsekretär SAV
René Rall

